

# «Freunde und Verbündete»

US-Präsident Barack Obama stärkt im EU-Abstimmungskampf dem britischen Premier David Cameron den Rücken. Die Brexit-Befürworter reagieren darauf teils giftig.

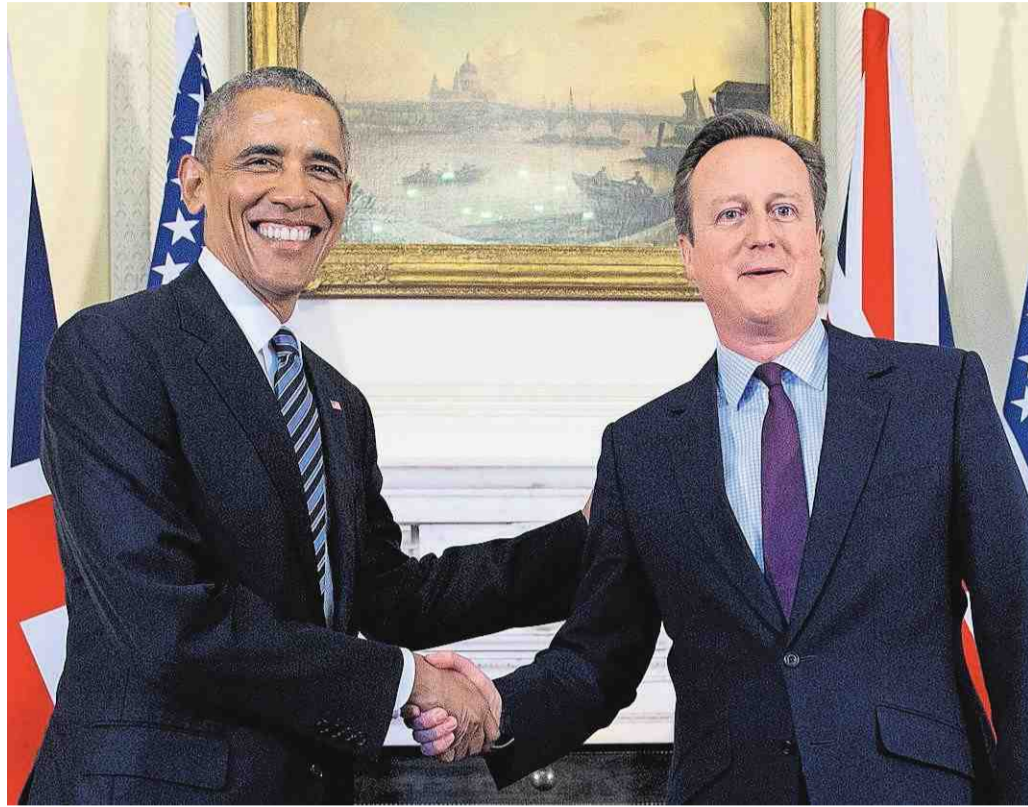
SEBASTIAN BORGER

**LONDON.** Mit ebenso deutlichen wie diplomatischen Worten hat US-Präsident Barack Obama in den Abstimmungskampf um Grossbritanniens Verbleib in der Europäischen Union eingegriffen. Die Mitgliedschaft in der Union «vermindert nicht den britischen Einfluss, sondern vergrössert ihn», sagte der Präsident gestern auf seinem Kurzbesuch in London. Als enger Freund und Verbündeter mit besonderen Beziehungen dürfe er seinen Gastgebern sagen: «Freunde und Verbündete sollten zusammenhalten.» Gastgeber Premierminister David Cameron lobte die USA als «einen unserer wichtigsten Freunde: Wir sollten genau hinhören, was dieser Freund zu sagen hat.»

Die Debatte um Grossbritanniens möglichen EU-Austritt (Brexit) war zuletzt stark von wirtschafts- und finanzpolitischen Argumenten geprägt. Just zur Halbzeit zwischen Camerons Referendumsankündigung am 20. Februar und dem Abstimmungstermin am 23. Juni markiert der Besuch des US-Präsidenten und seiner Frau Michelle einen neuen Fokus auf die ausserpolitische Dimension des möglichen Brexit.

## Brexit-Lager reagiert heftig

Dass Obama sich zu Wort melden würde, hatte schon seit Tagen zu giftigen Reaktionen des Brexit-Lagers geführt. Der Premierminister habe seinen Washingtoner Freund «auf Knien angefleht», seine Meinung zu äussern, höhnte der frühere Arbeitsminister Iain Duncan Smith. Amerika habe wenig Glaubwürdigkeit, weil es selbst keinen Souveränitätsverlust dulde, argumentierte Ex-Verteidigungsminister Liam Fox und vergass dabei die Nato-Bündnisverpflichtung der Supermacht zu erwähnen. Londons Bürgermeister Boris Johnson führte Obamas Haltung auf dessen «halbkenianische Herkunft und Abneigung gegenüber dem britischen Empire» zurück, was



Besondere Beziehungen: US-Präsident Obama und der britische Premier Cameron.

Bild: ap/Carolyn Kaster

schwarze Politiker in London umgehend als Rassismus geisselten.

## Die halbe Welt rät vom Brexit ab

Die schrille Rhetorik des Brexit-Lagers stand in klarem Kontrast zu Obamas gewohnt abgewogenen Worten. Während der gemeinsamen Pressekonferenz verwies der Präsident ausdrücklich auf das «besondere Verhältnis» (special relationship) zwischen der Supermacht und ihrem früheren Kolonialherrn. Bei konkreten ausserpolitischen Initiativen der vergangenen Jahre – der Ausgleich mit Iran, das Klimaabkommen von Paris, die klare Haltung gegen Russlands neuen Imperialismus – habe britischer Einfluss innerhalb der EU Erfolge möglich gemacht. «In der komplizierten, vernetzten Welt», so der Präsident, seien EU und USA sowie andere Nationen mit denselben Problemen konfrontiert: «Migration, ökonomische Ungleichheit, die Bedrohung durch Terrorismus und Klima-

wandel.» Durch kollektive Aktion könnten Nationen ihren Einfluss am effektivsten geltend machen.

Das Ansehen des Amerikaners auf der Insel dürfte derzeit höher liegen als die Zustimmungswerte für Premier Cameron, dessen Popularität durch die Panama-Papiere gelitten hat. Obama reiht sich ein in eine globale Phalanx, die den Briten vom Brexit abrät: Von den EU-Verbündeten selbst über Indiens Premier Narendra Modi und den chinesischen Präsidenten Xi Jinping.

Hingegen hat die Vorsitzende des rechtsradikalen französischen Front National, Marine Le Pen, angekündigt, sie wolle nächsten Monat ihren Freunden im Brexit-Lager zu Hilfe eilen. Sympathien für die Schwächung der EU-Clubs zeigt auch der russische Präsident Wladimir Putin.

## Weiter nach Deutschland

Als eigentlichen Grund seines Besuchs nannte Obama scherzhaft, er habe der Queen persönlich seine Glückwünsche zum

90. Geburtstag übermitteln wollen: «Sie gehört zu den nettesten Menschen, die ich kenne.» Gestern war das Präsidentenpaar zum Mittagessen auf Schloss Windsor Gast von Elizabeth II. und ihrem Gatten Philip, 94, der die hohen Besucher im königlichen Range Rover kutscherte. Zudem erneuerten die Obamas ihre Bekanntschaft mit dem jungen Prinzenpaar Catherine und William.

Zu den politischen Gesprächen in der Downing Street hatte Premier Cameron nur solche Minister geladen, die sein Eintreten für den britischen EU-Verbleib teilen. Dazu zählen die Ressortchefs für Finanzen, Äusseres, Inneres und Verteidigung, während der prominenteste Brexit-Befürworter, Michael Gove, das Justizministerium leitet. Heute will sich der amerikanische Präsident den Fragen von Londoner Bürgern stellen, ehe er nach Hannover weiterreist und mit Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel konferiert.

# Erdogan und die angebliche Verschwörung

JAN KEETMAN

**ANKARA.** Jahrelang hat die türkische Justiz mit grossem Aufwand eine Terrororganisation verfolgt, die es gar nicht gab. Wenn die jüngste Entscheidung des Kassationsgerichtes nicht noch angefochten wird, so bleibt, dass die Existenz einer Putschistengruppe «Ergenekon» nicht nachgewiesen werden konnte. 274 Angeklagte wurden nach neun Jahren Verfolgung und oft langer Untersuchungshaft freigesprochen.

## Das Phantom «Ergenekon»

Um zu ermitteln, was das heisst, muss man auf die Zeit zwischen 2007 und 2009 zurückblicken. Das Militär hatte eine äusserst kritische Haltung gegenüber der islamisch-konservativ orientierten Regierung Erdogan eingenommen. Auch aus der zivilen Gesellschaft gab es bereits Demonstrationen für den Erhalt der laizistischen Republik Atatürks. Ankara fürchtete aber eine Verschwörung des Militärs, und prompt gelang es Ermittlern der türkischen Polizei, nach einem ominösen Handgranatenfund auf die Spur einer angeblichen Organisation «Ergenekon» zu kommen.

Den Namen hatte Jahre zuvor der Direktor eines Museums und Autor mehrerer Bücher über Verschwörungstheorien in einer Fernsehshow genannt. Jahrelang hörte man dann aber nichts mehr von «Ergenekon» – bis ihn die Polizei wieder ins Spiel brachte.

## Erdogan als Ankläger

Alles, was als Beweis für die Existenz der angeblichen Verschwörung vorgebracht wurde, war fraglich, widersprüchlich oder völlig unglaubwürdig. Dennoch begann eine wahre Hexenjagd auf die angeblichen «Ergenekon»-Putschisten, an der sich der damalige Ministerpräsident Tayyip Erdogan mit wilden Verdächtigungen beteiligte.

Das ging so weit, dass Erdogan sagte, er selber sei der Ankläger im Fall «Ergenekon». Wer in die Mühlen der Untersuchung geriet, kam nicht mehr aus ihnen heraus, war verloren – wie dünn

die Beweise gegen ihn auch sein mochten.

## Suizide und verweigerter Hilfe

Da war etwa der Fall des Oberstleutnants zur See, Ali Tatar. Er wurde festgenommen, dann freigelassen. Als er erneut festgenommen werden sollte, schoss er sich eine Kugel in den Kopf. In einem Abschiedsbrief beteuerte er seine Unschuld. Zwei weitere Offiziere erschossen sich ebenfalls.

Für Aufsehen sorgte auch der Fall Kudusi Okir, der eine kleine Beraterfirma hatte. Er wurde verdächtigt, der Kassenwart von «Ergenekon» zu sein. Als er begann, sich in der Haft schlecht zu fühlen, gab man ihm Antidepressiva. Doch es stellte sich heraus, dass er an Krebs litt. Die Freilassung aus gesundheitlichen Gründen wurde aber abgelehnt, bis er nur noch ein Wrack war und starb. Okir hinterliess eine vermählte Ehefrau, die nicht einmal in der Lage war, das Geld für den Leichenwagen aufzubringen.

## Heute sind neue Gegner wichtig

Das ist nun alles Geschichte. Seit sich Erdogan mit dem Sektenerführer Fethullah Gülen zerstritten hat, werden nun Gülen-Anhänger – auch in der Justiz – als Terroristen verfolgt, darunter Zekeriya Öz, der Staatsanwalt im «Ergenekon»-Verfahren. Erdogan erklärt lapidar, er sei von der eigenen Justiz getäuscht worden.

Die Gegner von einst sind ihm nicht mehr wichtig. Eine Entschuldigung bleibt aus und die Erdogan ergebenen Medien werfen sich mit derselben Leidenschaft wie bei «Ergenekon» und Gülen auf neue Gegner, wie den angeblichen «Parallelstaat» kurdischer Politiker.



Recep Tayyip Erdogan  
Türkischer Präsident

Bild: ap

## Militär soll Hunderte Schiiten getötet haben

**LAGOS.** Amnesty International hat dem Militär Nigerias die Tötung Hunderte schiitischer Moslems zur Last gelegt. Amnesty legte dazu gestern einen Bericht vor. Die Streitkräfte hätten bei Zusammenstössen im Dezember willkürlich auf friedliche Protestierende geschossen, heisst es darin. Dabei seien 350 von ihnen getötet worden. Das Militär erklärte dazu, die Anhänger der Islamischen Bewegung in Nigeria (IMN) hätten den Armeechef töten wollen. Die IMN will im Norden Nigerias einen islamischen Staat nach iranischem Vorbild errichten. (afp)

## 1,3 Millionen Dollar für iPhone-Hacking

**WASHINGTON.** Das FBI hat laut der Zeitung «Financial Times» über 1,3 Millionen Dollar an professionelle Hacker bezahlt, um das iPhone zu knacken, das der Attentäter von San Bernardino benutzte. Vorausgegangen war ein Streit mit Apple, das sich geweigert hatte, den Zugang zum Telefon zu ermöglichen. Darauf entschloss sich das FBI, das Gerät hacken zu lassen, hat den Preis dafür aber verschwiegen. (dpa)

# Ein weiterer wichtiger Schritt ist getan

In New York haben gestern die meisten der 195 Vertragsstaaten das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Ehe es in Kraft treten kann, muss es nun noch ratifiziert werden. Entscheidend ist jedoch, wie verbindlich die vereinbarten Ziele angestrebt werden.

CHRISTIAN MIHATSCHE

**NEW YORK.** Am gestrigen «Tag der Erde» haben im New Yorker UNO-Gebäude 175 von 195 Ländern den neuen Weltklimavertrag unterzeichnet, der von ihnen im Dezember in Paris verabschiedet wurde. Zu ihnen gehörte auch die Schweiz, vertreten von Bundesrätin Doris Leuthard. Frankreichs Umweltministerin Ségolène Royal sagte dazu: «Es ist klar, dass die Entscheider sich die Dringlichkeit der Klimagefahr zu Herzen nehmen. Dies ist ein sehr gutes Zeichen.»

## Schneller in Kraft als geplant?

Ziel des Abkommens ist es, die Klimaerwärmung «auf deutlich unter zwei Grad» zu begrenzen. Dazu müssen die globalen Emissionen «so bald wie möglich» ihren Höhepunkt erreichen und dann schnell sinken, so dass in der «zweiten Hälfte des Jahrhunderts» Emissionsneutralität erreicht wird. Die Welt darf dann nicht mehr CO<sub>2</sub> ausstossen, als wieder absorbiert wird, etwa

durch Wälder. Der Vertrag verpflichtet ausserdem alle Länder, ihre Treibhausgasemissionen zu begrenzen.

Doch selbst das wird nicht reichen, um einige Inselstaaten vor dem Untergang zu bewahren. Die Länder versprechen daher, «Anstrengungen zu unternehmen», damit sich das Klima nur um 1,5 Grad erwärmt. Ob dieses Ziel noch erreicht werden kann, ist fraglich. Die globale Durchschnittstemperatur hat sich im Vergleich zum Klima vor Beginn der industriellen Revolution bereits um rund ein Grad erwärmt. Aus Sicht der scheidenden Chefin der UNO-Klimakonvention, Christiana Figueres, kommt das Abkommen denn auch «zehn Jahre zu spät».

Dabei besteht die Chance, dass es vorzeitig in Kraft tritt: Geplant ist, dass der Vertrag spätestens ab 2020 gilt. Dazu müssen 55 Länder, die 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen ausmachen, das Abkommen nicht nur unterschrieben, sondern auch ratifiziert haben. Ges-

tern haben dies fünf Länder getan: Barbados, Belize, die Malediven, Tuvalu und Samoa. Die USA, China, Kanada und Mexiko haben angekündigt, den Vertrag ebenfalls noch dieses Jahr zu ratifizieren. Diese vier Länder machen knapp 42 Prozent der Emissionen aus. Brasilien, Südafrika und Indien haben die Ratifikation «so bald wie möglich» in Aussicht gestellt. Dann würden

knapp 50 Prozent der globalen Emissionen erreicht. Es ist daher möglich, dass das Abkommen schon dieses Jahr in Kraft tritt. Nicht dabei sein wird dann wohl die EU. Sie rechnet mit einer Ratifikation in allen 28 EU-Ländern bis 2018.

## «Der schwierige Teil kommt»

Mit dem Abkommen allein sei die Klimakrise aber noch nicht



Vertrag unterzeichnet: Bundesrätin Doris Leuthard.

Bild: epa/ky

gelöst, sagt Figueres: «Paris war der einfache Teil. Jetzt kommt der schwierige. Jetzt müssen wir bei jeder Investition einen bewussten Entscheid treffen.» Und sie ergänzt: «Wer jetzt noch sein Geld in CO<sub>2</sub>-intensive Projekte steckt, der wird es verlieren.» Jedenfalls lagen die Investitionen in erneuerbare Energien letztes Jahr auf einem Rekordhoch: 330 Milliarden Dollar wurden weltweit in Solar- und Windenergie investiert. Dies zeigt sich inzwischen auch bei den globalen Emissionen, die seit zwei Jahren stagnieren, obwohl die Weltwirtschaft weiter gewachsen ist.

In der Schweiz haben gestern die über 60 in der «Klima-Allianz» zusammengeschlossenen Organisationen die Klimapolitik des Bundesrats kritisiert. «Mit der erklärten Absicht, die Klimapolitik nach Paris nur minimal anzupassen, bewegt sich die Schweiz aber weiterhin auf eine für uns alle katastrophale Erwärmung von drei bis vier Grad zu», sagte Georg Klingler von Greenpeace Schweiz.